

AUSGABE FEBRUAR 2022

NEUIGKEITEN

Newsletter zur Plenarwoche des Europäischen Parlaments

von Karolin Braunsberger-Reinhold MdEP



14. bis 17. Februar

Plenarwoche des Europäischen Parlaments in Straßburg

Ganz Europa blickt derzeit auf die Grenze zwischen Russland und der Ukraine. Während der vergangenen Monate hat sich die Situation dort immer mehr zugespitzt. Für diese Woche wurde sogar ein Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine befürchtet. Das blieb bislang glücklicherweise aus. Dennoch: Die Sicherheitssituation bleibt fragil. Umso wichtiger ist es, dass Europa jetzt mit einer Stimme spricht und sich an die Seite der Ukraine stellt.

Neben dem Ukraine-Konflikt ging es in dieser Plenarwoche auch um ein historisches Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) für die Rechtsstaatlichkeit. Die EU verfügt nun über starkes Instrument, mit dem Auszahlungen an Länder gestoppt werden können, sofern sich diese nicht an die Prinzipien eines Rechtsstaates halten. Polen und Ungarn hatten erfolglos gegen das Instrument geklagt.

Nicht zuletzt standen auch der Kampf gegen Krebs und ein Gesetz gegen giftige oder gefährliche Spielzeuge auf der Agenda des Europäischen Parlaments in Straßburg.

INHALT

Europa, Russland
und der Ukraine-
Konflikt

02

EU-Gelder und
Rechtsstaatlichkeit

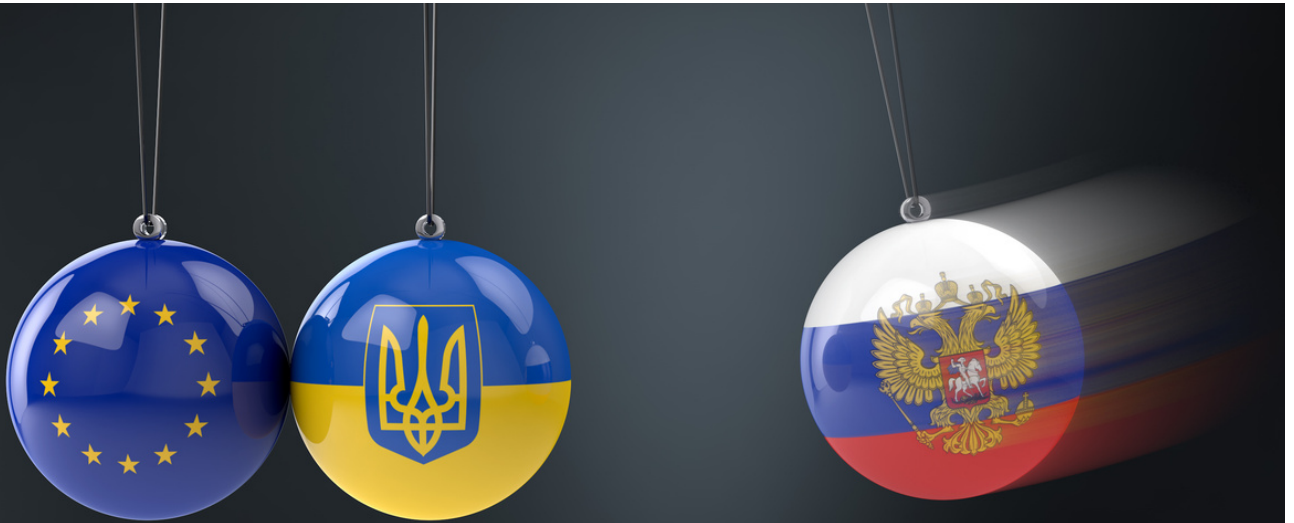
03

Europas Kampf
gegen den Krebs

04

Gesetz gegen
giftiges Spielzeug

05



FRAGILE SICHERHEIT: EUROPA, RUSSLAND UND DER UKRAINE-KONFLIKT

Wir haben als Parlament Hilfen in Höhe von 1,2 Milliarden Euro für die Ukraine zugestimmt. Ziel ist es, rasche Unterstützung in der akuten Krisensituation zu leisten und die Widerstandsfähigkeit der Ukraine zu stärken. Die Kredit-Nothilfe soll angesichts der Bedrohung durch Russland vor allem die wirtschaftliche und finanzielle Stabilität der Ukraine sichern. Sie wird innerhalb eines Jahres in zwei Runden ausgezahlt. Nach Angaben der Kommission hat die EU der Ukraine seit 2014 bereits mehr als 17 Milliarden Euro in Krediten und Zuschüssen zur Verfügung gestellt.

Neben den Finanzhilfen haben wir Abgeordnete uns fraktionsübergreifend mit einer gemeinsamen Erklärung hinter die Ukraine gestellt.

Darin fordern wir für den Fall eines Angriffs scharfe Sanktionen für Russland. Diese sollten den Ausschluss Russlands aus dem internationalen Banken-Zahlungssystem SWIFT, Reiseverbote und ein sofortiges Ende des Pipeline-Projekts Nord Stream 2 umfassen. Abgeordnete der Linken und extremen Rechten wollten die Erklärung nicht mittragen.

In der Plenardebatte hatten die EU-Spitzen Russland zu konkreten Deeskalationsschritten aufgerufen. Trotz der Ankündigung Moskaus habe die Nato noch keine Anzeichen für eine Reduzierung von russischen Truppen an der Grenze zur Ukraine gesehen, bemängelte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Historisches EuGH-Urteil für die Rechtsstaatlichkeit in der EU

Am 16. Februar hat der EuGH die Klagen Ungarns und Polen gegen den sogenannten „Haushalts-Konditionalitätsmechanismus“ vollständig abgewiesen. Dieser Mechanismus dient dem Schutz des EU-Haushalts und der Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit. Wird dagegen verstoßen, können europäische Gelder an Mitgliedstaaten gestrichen werden. Bislang hatte die EU-Kommission auf das noch laufende Verfahren verwiesen und den bereits im Januar 2021 in Kraft getretenen Mechanismus noch nicht angewandt. Mit dem Urteil ist die letzte Hürde für die Anwendung gefallen.

Der EuGH bestätigt endgültig die Rechtsauffassung der CDU und CSU.

Die Europäische Kommission ist nun aufgerufen, alle 27 Mitgliedstaaten auf Verletzungen des Rechtsstaatslichkeitsprinzips zu überprüfen. Dazu gehören zum Beispiel nicht geahndeter Subventions- und Ausschreibungsbetrug, fehlender Zugang zur Justiz, die völlige Gleichschaltung der Justiz oder Repressalien gegen Richter und Staatsanwälte sowie die Unterstützung oligarchischer Strukturen.

In den offensichtlichen Fällen, in denen seit mehreren Jahren weitreichende Verstöße gegen die EU-Haushaltsordnung festzustellen sind, muss die Kommission jetzt und unmittelbar handeln.





EUROPAS KAMPF GEGEN DEN KREBS

Krebs ist die häufigste Todesursache in der EU. Die CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament setzt sich seit vielen Jahren dafür ein, dass Europa seine Kräfte bündelt, um gemeinsam Fortschritte beim Kampf gegen Krebs zu erreichen. Auf unsere Initiative hin hatte das Europaparlament dazu einen Sonderausschuss eingerichtet. Dieser hat in den vergangenen eineinhalb Jahren VertreterInnen der Mitgliedstaaten und internationalen Organisationen sowie ExpertInnen zu den neuesten Entwicklungen und Erkenntnissen in der Krebsbekämpfung angehört. In dieser Woche wurde der Abschlussbericht des Sonderausschusses verabschiedet.

Als Parlament fordern wir insbesondere mehr Ressourcen für die Krebsforschung, die Einrichtung eines Europäischen Instituts für die Krebsforschung, die Ernennung einer oder eines EU-Krebs-Sonderbeauftragten und

eine Reform der Richtlinie zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung. Letztere erschwert bislang Behandlungen über Landesgrenzen hinweg eher, als dass sie diese erleichtert. Es kann lebensrettend sein, SpezialistInnen im Ausland kontaktieren zu können, wenn im eigenen Land keine ExpertInnen verfügbar sind. Auch eine gemeinsame europäische Beschaffung für teure Krebs-Behandlungen verlangen wir.

Zusätzlich beschäftigt sich der Bericht auch mit rechtlichen Fragen wie dem Zugang zu Versicherungen oder Krediten von Krebs-Genesenen. Hier fordern wir konkrete Gesetzgebungsänderungen, beispielsweise im Rahmen der Europäischen Versicherungsrichtlinie. Der Abschlussbericht geht nun an die EU-Kommission, von der wir als Europaparlament entsprechende Maßnahmen erwarten.

GESETZ GEGEN GIFTIGE ODER GEEFÄHRLICHE SPIELZEUGE

Giftige Chemikalien, lose Kleinteile, leicht entflammables Material: Jedes fünfte in der EU als gefährlich identifizierte Produkt ist ein Spielzeug. Aus diesem Grund hat das Europaparlament nun bei der anstehenden Überarbeitung der Spielzeugrichtlinie strengere Regeln gefordert. Wir sprachen uns dafür aus, die EU-Vorschriften für die Sicherheit von Spielsachen an die Realität anzupassen. Schließlich entstehen durch vernetzte Spielzeuge und Online-Vertriebswege neue Risiken, auf die der Gesetzgeber im Zweifel rasch reagieren können muss.

Es braucht auch eine effizientere Rechtsdurchsetzung sowie mehr Ressourcen für Marktüberwachungsbehörden.

Eine enge Zusammenarbeit mit den Zollbehörden ist dabei essentiell. Aber auch die Online-Marktplätze sollen künftig mehr dazu beitragen, die schwarzen Schafe aus dem Verkehr zu ziehen, sodass die Einfuhr von unsicherem Spielzeug wirksamer unterbunden werden kann. Für uns als CDU und CSU ist klar: Die Maßnahmen sind nicht nur notwendig für die Sicherheit unserer Kinder, sondern schaffen auch Rechtssicherheit und faire Wettbewerbsbedingungen für unsere europäischen Unternehmen.

